

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 24 (1997)
Heft: 3

Artikel: Eidgenössische Volksabstimmung vom 8. Juni 1997 : erdrückende Mehrheiten, einige Schweiz
Autor: Tschanz, Pierre-André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909760>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eidgenössische Volksabstimmung vom 8. Juni 1997

Erdrückende Mehrheiten, einige Schweiz

Selten hat sich die Schweiz so einig präsentiert wie bei der eidgenössischen Volksabstimmung vom 8. Juni. Mit Mehrheiten im Verhältnis 3:1 und deutlicher hat das Stimmvolk die beiden Volksinitiativen verworfen und die Streichung des Pulverregals gutgeheissen. Auch die Stände demonstrierten in allen drei Sachfragen seltene Einmütigkeit. Die Stimmabteilung fiel mit knapp 35 Prozent relativ schwach aus.

74 Prozent der Stimmenden sagten Nein zur Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk». Lanciert wurde diese Initiative von den Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi im Anschluss an das im Mai 1992 deponierte Gesuch um EU-Beitrittsverhandlungen. Sie war von den Europäer-Gegnern um den Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher nicht unterstützt worden. Den Initianten, welche die Kompetenz zur Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen vom Bundesrat an das Volk übertragen wollten, ist es denn auch nicht gelungen, diese Ab-

stimmung zu einem Votum über Europa zu machen.

Eine noch klarere Niederlage musste die Sozialdemokratische Partei der Schweiz mit ihrer Volksinitiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» einstecken: Die Ablehnung fiel mit 77,3 Prozent Nein-Stimmen überaus deutlich aus. Wohl konnten die Sozialdemokraten auf die Unterstützung von pazifistischen und Dritt-Welt-Kreisen zählen, doch die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund beschlossene Stimmfreigabe erwies sich als fatal für das Begehr. Eine ausschlaggebende Rolle für das wuchtige Nein spielte zweifellos die Arbeitsplatzfrage. Zudem hatten Bundesrat und Parlament mit einer Verschärfung der Gesetzgebung für die Ausfuhr von Kriegsmaterial und sogenannte «Dual-use»-Güter der Initiative im Vorfeld der Abstimmung das Wasser abgegraben.

Der Empfehlung von Bundesrat und Parlament zur Aufhebung des auf die Gründungszeit unseres Bundesstaats zurückgehenden Pulverregals folgten schliesslich 82,2 Prozent der Stimmenden.

PAT



Die Schweiz darf weiterhin Kriegsmaterial ausführen. Die Stimmberichtigten haben sich mit grosser Mehrheit gegen eine Export-Verbotsinitiative ausgesprochen. (Foto: Keystone)

Abstimmungsergebnisse

Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»

JA 417 932 (26,1%)
NEIN 1188 029 (73,9%)
Alle Kantone

Volksinitiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»

JA 362 777 (22,7%)
NEIN 1 241 994 (77,3%)
Alle Kantone

Bundesbeschluss über die Aufhebung des Pulverregals

JA 1 267 420 (82,2%)
Alle Kantone
NEIN 275 780 (17,8%)

Stimmabteilung: 35%

Kommentar

Der Schweizer Souverän hat anlässlich der Abstimmung vom 8. Juni den extremen Forderungen rechter und linker Prägung eine Abfuhr erteilt und der Politik von Bundesrat und Parlament sein Vertrauen ausgesprochen. Wohl war die Ablehnung beider Volksinitiativen erwartet worden, doch das Ausmass ist überraschend und kommt sowohl für die nationalistische Rechte als auch für die pazifistische Linke einer Ohrfeige gleich.

Die Schweizer Demokraten und die Lega dei Ticinesi hatten auf den anti-

europäischen Reflex des Volkes gesetzt, um der Europa-Politik des Bundesrates den Gnadenstoss zu versetzen. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen; die Stimmberichtigten haben sowohl den demagogischen Charakter als auch die unheilvollen Folgen der Initiative durchschaut.

Deren Ablehnung setzt ein doppeltes Zeichen: Einerseits bleiben in der Europa-Politik alle Optionen offen, einschliesslich derjenigen eines (vom Bundesrat angestrebten) EU-Beitritts. Anderseits besteht keine Veranlassung, an den geltenden demokratischen Entscheidungsprozessen irgendwelche Änderungen vorzunehmen. Denn es sei daran erinnert: Die Ratifikation einer eventuellen Beitrittsvereinbarung mit der Europäischen Union kann nur erfolgen, wenn das Volk vorgängig seinen Segen dazu erteilt.

Eine Abfuhr haben auch die linken Fundamentalisten erhalten. Die wuchtige Ablehnung ihrer Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr hat jedoch keine grossen Konsequenzen angesichts der verschärften, auf breiter Zustimmung basierenden Gesetzgebung in dieser Sache. Nichtsdestotrotz tätigt die Sozialdemokratische Partei – immerhin die stärkste Partei des Landes – gut daran, die Lehren aus dem Flop vom 8. Juni zu ziehen. Sie hat die Warnungen der Gewerkschaften in den Wind geschlagen und vom Stimmvolk eine schallende Ohrfeige kassiert. Letzteres hat sich mit überwältigender Mehrheit auf die Seite derjenigen geschlagen, die mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen argumentieren.

Pierre-André Tschanz

Über 70 Jahre Erfahrung

Die internationale Privateschule für Jugendliche auf 1000 m. 5. und 6. Primarklasse, Sekundar- und Orientierungsphase
Alle Maturitätsphasen und BIBG-Handelsdiplomschule
Eidg. anerkannte Maturitäts- und Diplomprüfungen am Institut
American Highschool, SAT/TOEFL Tests, International Baccalaureate
Scuola Italiana, Nederlands Seccle, Schnuppertag im Internet.
Sommerkurse, Kleine Klassen gewährleisten eine individuelle Förderung.
... für eine bessere Zukunft Ihres Kindes



INSTITUT

INSTITUT MONTANA
ZUGERBERG

CH-6300 Zug
Telefon +41 (0) 41 711 17 22
Telefax +41 (0) 41 711 54 65
http://www.montana.ch
Unterlagen und Beratung: D. Frize, Rektor

Presseschau

Am Tag nach dem eidgenössischen Urnengang vom 8. Juni betonte die Schweizer Presse die Eindeutigkeit der Resultate. Die Kommentare beleuchten vor allem die Ablehnung der sozialdemokratischen Volksinitiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr».

Berner Tagwacht

Die Schweiz kämpft heute um ihr Ansehen im Ausland. Das Bild der humanitären Schweiz liegt in Scherben. Trotzdem hat man es nicht geschafft, die eigene Vergangenheit, wie zum Beispiel die Waffenlieferungen an die Achsenmächte, mit der aktuellen Politik in Verbindung zu bringen. Es wird sich weisen, ob die Schweiz mit ihrem jetzigen Kriegsmaterial- und Güterkontrollgesetz eine Außenpolitik betreiben wird, zu der man auch in fünfzig Jahren noch stehen kann.

Basler Zeitung

Die SP-Initiative gründete letztlich in einem isolationistischen Grundgedanken, der da lautet: Mischt euch nicht in fremde Händel. So gesehen war die Initiative ein Relikt aus dem Kalten Krieg, das weit hinter der Idee eines Schweizer Blauhelm-Kontingents (Juni 1994 verworfen) und dem sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates aus dem Jahr 1990 zurückreicht.

Neue Zürcher Zeitung

Das Abstimmungsresultat bedeutet aber nicht nur Unterstützung der gültigen Rüstungsexportpolitik; es ist auch ein Beweis des Vertrauens in den schweizerischen Wirtschaftsstandort. Auch daraus sollten die nötigen Folgerungen gezogen werden.

NEUE LUZERNER ZEITUNG

In Anbetracht der herrschenden wirtschaftlichen Situation waren die wenigen Stimmberichtigten, die überhaupt zur Urne gingen, nicht bereit, sich weitere Unsicherheiten einzuhandeln.

LE NOUVEAU QUOTIDIEN

Mit ihrem Kampf für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr wollten die Sozialdemokraten aus der Schweiz einen ethischen Modellstaat machen. Sie

Eidgenössische Volksabstimmungen

28. September 1997

- Dringlicher Bundesbeschluss vom 13. Dezember 1996 über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung

- Volksinitiative vom 22. Juli 1993 «Jugend ohne Drogen»

23. November 1997

15. März 1998

7. Juni 1998

27. September 1998

29. November 1998

Gegenstände noch nicht festgelegt.

wollten, dass sie sich – zum Preis der Schwächung ihrer Wirtschaft – von den andern Staaten abhebt. Das Stimmvolk ist diesem naiven und moralisierenden Ruf der Tugendwächter nicht gefolgt.

LA LIBERTÉ

Welch ein Debakel! Die Waffenexporte haben eine ebenso vernichtende wie unerwartete Niederlage einstecken müssen. Eine schallende Ohrfeige für die sozialdemokratischen und pazifistischen Initianten.

Giornale del Popolo

Die Schweizer sind keine Fanatiker – nicht einmal in Sachen Europa. Eine Annahme der Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» hätte uns die Möglichkeit beraubt, bei einer so zentralen Entscheidung die Vor- und Nachteile in voller Unabhängigkeit gegeneinander abzuwägen. Und es hätte zudem die Verhandlungsposition der Schweiz gegenüber Brüssel wesentlich geschwächt. In einer von hoher Arbeitslosigkeit und schwerer Wirtschaftskrise geprägten Zeit kann sich die Schweiz derartige Fesseln nicht leisten. Dies gebieten der gesunde Menschenverstand und die Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen.

CORRIERE DEL TICINO

Man kann davon ausgehen, dass eine Mehrheit der Stimmenden nicht gewillt war, die gegenwärtigen Entscheidungsmechanismen über den Haufen zu werfen und sich anstatt von genauen Kenntnissen des Sachverhaltes von Emotionen leiten zu lassen, noch bevor die Verhandlungen aufgenommen worden sind.